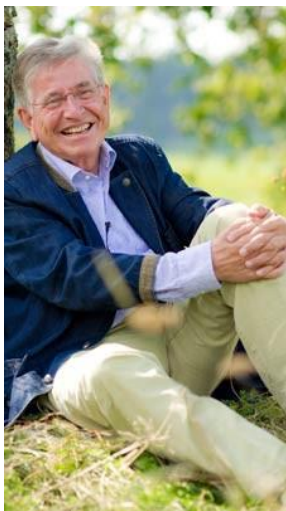


Liebe Freundinnen und Freunde in der SEN der CSU,
meine Damen und Herren im interessierten Umfeld,



inzwischen haben Sie sich, wir uns alle daran gewöhnt, dass der Landesvorstand, besser der Landesvorsitzende der SEN in unregelmäßigem Abstand auf besondere Ereignisse, Persönlichkeiten und Gemengelagen aufmerksam macht, solche, die aus dem Tagesgeschäft herausstechen und zumindest nach meiner eigenen Einschätzung unsere/Ihre Aufmerksamkeit verdienen. Dabei beschränke ich mich bisher darauf, Kluges, das zur Begründung und Festigung der eigenen Standpunkte und Überzeugungen gesagt wird, reihum dem Argumentationsgut zuzufügen. Weil ich diese stillschweigend gehandhabte Verfahrensweise heute unterbreche, schicke ich der Aussendung diese Sätze voraus:

1. Vorbemerkung zu Hans-Jochen Vogel

Am vergangenen Sonntag ist 94-jährig in München im Augustinum Hans-Jochen Vogel, der langjährige Münchner Oberbürgermeister und die nicht nur für die bayerische SPD weg- und richtungsbestimmende Parteigröße gestorben. Die SPD-Granden selbst werden seither nicht müde, die großen Fähigkeiten, die außergewöhnliche Ausstrahlung und die persönliche Verlässlichkeit ihres langjährigen Vormannes zu rühmen. Zu Recht wird Hans-Jochen Vogel in einem Atemzug mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder genannt. Den zeitgemäßen Charakter der Arbeiterpartei haben wenige andere so glaubwürdig verkörpert wie Hans-Jochen Vogel, dessen bürgerliche, ja und auch deutsche Mentalität sich auch darin offenbart, dass die Familie nicht nur ihn machen, schalten und walten lässt, sondern auch den CDU-Bruder und späteren zweifachen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Bernhard Vogel. Dass sich solche liberale Spannweite „leben“ lässt, beweist u.a. die späte Veröffentlichung der Brüder: „Deutschland aus der Vogelperspektive“.

Wenn es denn gälte, Belege dafür zu sammeln, dass das zusammengeht, das sozialdemokratische und das christdemokratische „S“ in der Politik, dann spiegeln das

die Brüder Vogel wider. Das tun sie, obwohl die politische Nähe, die die unterschiedlichen Werdegänge in einer Draufsicht offerieren, die Kombination des „roten“ und „schwarzen“ „S“ der Union in Bayern leichter und nachvollziehbarer macht.

Die Beschreibung des Lebensweges von Hans-Jochen Vogel, die wir auch im vorliegenden „Nachruf“ nachvollziehbar gemacht sehen, klingt vor dem politischen und gesellschaftlichen Szenario unserer Tage eher wie ein Weckruf, ist deshalb besonders lesens-, in Teilen auch beherzigenswert. Meine Lesart entdeckt das in mehrfacher Hinsicht: Die „Vogelperspektive“ sah die Nachkriegspflicht des Wiederaufbaus und der Wiedervereinigung als altruistische Pflicht aller, Parteipolitik eher als Kür auch des Einzelnen und der Gruppen. Hans-Jochen Vogel sah zumindest auch sich so und verkörperte damit eher den „Stadtvater“ als den Ideologen. Die Arbeitsintention zeichnete nicht nur die Geschwister Vogel, sondern weithin die Generation der gesellschaftlichen Nachkriegsrüster und Idealisten des Wiederaufbaus (im Gegensatz zu Ideologen aller Art), die sich heute (schon) wieder tummeln.

Da ist das Nachkriegsideal, das längst in Kontur und Gestalt verändert daherkommt, auch deshalb, weil der Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus (vor allem in den vielen Nachkriegsmodellen) Schiffbruch erlitten hat und deshalb eine neue Art „geistiger Windstille“ entstehen ließ, die sich längst neuen und aktuelleren Herausforderungen stellt. Da ist schließlich die individuelle Vorrangigkeit von uns alle verbindenden Werten und Normen, die die Brüder Bernhard und Hans-Jochen unterschiedlich ans Werk gehen sah: Bernhard mit dem Vorrang für Gerechtigkeit, Hans-Jochen für Gleichheit im Anspruch, beide übereinstimmend in der Diskussion um den Stellenwert des Rechts gegenüber den Menschen, beide wohl auch der christlichen Definition des Menschenrechts auf eine letztlich individuelle Würde und Freiheit.

Für mich ist die Wirklichkeit, die wir heute leben, gestalten und verändern, das Ergebnis einer vielschichtigen Weltoffenheit, die sich in der Mentalität und der Einsatzart der Brüder, also in einer verträglichen Symbiose der in früherer Zeit isoliert bewältigten Staatswirklichkeit(en) wiederfindet. Aufeinander Verlass, miteinander im Einsatz, untereinander offen für Nachbesserungen im System, im Gegeneinander versöhnlich, Einheit in Ziel und Einsatzfreude, Vielheit im Weg. So eben, wie sich Menschen begegnen, die sich (ver)trauen.

Wem diese Umgangsform am Herzen liegt, wer sie in ihrer Schlüssigkeit nachvollziehen und womöglich auch wieder praktiziert haben möchte in Staat und Gesellschaft, der oder die kann und wird sich in den Denkansätzen der Vogel-Analysen wiederfinden. Nicht nur vielleicht auch deshalb, weil sie deutlich macht, dass da Eigenschaften eines Menschen, von Vogel eben, Maß und Muster, Modell und Fundgrube für eine Erbschaftskonstruktion für das Zusammenleben der Jugend heute werden könnte. Erinnerung an und Belesen im Geschehen rund um den vorerst Jüngsten unter den roten Granden der Jahrzehnte der Wiederbesinnung und-vereinigung fällt das Sich-Verbeugen, Innehalten und Danksagen leicht.

Josef Kraus

**Zum Tod von SPD-Urgestein Hans-Jochen Vogel:
Einen wie ihn wird es in der SPD nicht mehr geben**

Vogel war kein Zuchtmeister wie Herbert Wehner, aber in all seinen Ämtern ein gestrenger Mann von hohem Dienstethos und sprichwörtlicher Verlässlichkeit.

In der Geschichte der SPD der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird er womöglich keinen so prominenten Platz einnehmen wie Kurt Schumacher, Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder. Aber unmittelbar nach diesen vieren wird er rangieren: Hans-Jochen Vogel (3. Februar 1926 – 26. Juli 2020). Und dann kommt hinter Vogel lange nichts – schon gar nicht in der SPD nach 2005.

Hans-Jochen Vogel entstammte keiner typisch sozialdemokratischen Familie. Sein aus München kommender Vater war Agrarwissenschaftler in Göttingen, wo der kleine Hans-Jochen auch geboren wurde. Nach dem 1943 abgelegten Abitur schlug er später die juristische Laufbahn ein. Zuvor meldete er sich, um der SS zu entgehen, freiwillig zur Wehrmacht. Eingesetzt – und verwundet – wurde der dann zum Unteroffizier Beförderte an der italienischen Front. Seine juristische Doktorarbeit wurde 1950 von der Universität Göttingen mit der Höchstnote „magna cum laude“ bewertet – ein Prädikat, das ihm, dem Einser-Juristen, zeit seines Lebens anhaftete.

Nach einigen Jahren im bayerischen Justizdienst und in der Bayerischen Staatskanzlei stieg er in die Politik ein. 1950 war er bereits SPD-Mitglied geworden. 1958 wurde er Stadtrat und Leiter des Rechtsreferats der Landeshauptstadt München. 1960 trat der gerade 34-jährige in der Nachfolge des legendären Münchner Oberbürgermeisters Thomas Wimmer (SPD) als Kandidat für das Amt des Münchner Oberbürgermeisters an. Er wurde mit 64,3 Prozent gewählt (1966 bei der Wiederwahl übrigens mit 77,9 Prozent). Ein „Star des Südens“ war aufgegangen. In seine zwölf Jahre als Münchner OB fielen die erfolgreiche Bewerbung Münchens um die Olympischen Spiele 1972 und der Beginn des Baus der Münchner U-Bahn. Frustriert ob der zunehmenden Linkslastigkeit der Münchner SPD (angetrieben vor allem von Juso-Kräften) verzichtete er 1972 auf eine erneute Kandidatur als Münchner OB. Bei der bayerischen Landtagswahl 1974 trat er als SPD-Spitzenkandidat an – aussichtslos gegen einen Landesvater Alfons Goppel (CSU), der auf 62 Prozent kam.

Auf Bundesebene begann Vogels politische Karriere 1972. Er kandidierte erstmals für den Bundestag und wurde im Kabinett Brandt umgehend Bundesminister für Raumordnung und Städtebau. Brandts Nachfolger Helmut Schmidt machte Vogel 1974 zum Justizminister. In Vogels Amtszeit als Justizminister fielen so gravierende Ergebnisse und Entscheidungen wie der RAF-Terrorismus, das Abtreibungsrecht und das Ehescheidungsrecht. Als in Berlin 1981 wegen eines Polit-Skandals um den „Regierenden“ Dietrich Stobbe Not am Mann war, ging Vogel pflichtbewusst nach

Berlin. Dort wurde er für weniger als drei Monate zum „Regierenden Bürgermeister“ gewählt; er war damit das bislang einzige Stadtoberhaupt in zwei deutschen Millionenstädten. Im Mai 1981 verlor Vogel die Berliner Wahl zum Abgeordnetenhaus gegen Richard von Weizsäcker. Vogel kehrte nach Bonn zurück. Für die Bundestagswahl am 6. März 1983 trat Vogel unter dem zentralen Motto „Im deutschen Interesse“ (was als Absage an den NATO-Doppelbeschluss zu verstehen war) als Spitzenkandidat an – durchaus um seine geringen Aussichten wissend. So kam es denn auch. Die CDU/CSU mit Kohl obsiegte mit 48,8 Prozent, für die SPD Vogels blieben 38,2 Prozent. Vogel wurde schließlich Nachfolger Herbert Wehners bis 1991 als Fraktionsvorsitzender und Oppositionschef. Von 1987 bis 1991 war er zugleich SPD-Parteivorsitzender. Der Wiedervereinigung näherte er sich nach anfänglichem Zögern. Er wollte auf eine Konföderation der beiden Staaten in Deutschland hinaus. Aber er stand quer zu den Vorstellungen eines Oskar Lafontaine, der die Bundesrepublik für DDR-Zuzüge dichtmachen wollte.

Vogel war kein Zuchtmeister wie Herbert Wehner, aber in all seinen Ämtern ein gestrenger Mann von hohem Dienstethos und sprichwörtlicher Verlässlichkeit. Zu seinem wertkonservativen Ethos gehörte es, dass er im Interesse seiner Überzeugungen und im Interesse seiner Partei immer wieder aussichtslose Kandidaturen übernahm. Dazu gehörte es auch, dass er nach seinem 65. Geburtstag vom 3. Februar 1991 innerhalb kurzer Zeit beide Ämter in Partei und Fraktion niederlegte. Bundestagsabgeordneter blieb er bis 1994. Sein um rund sechs Jahre jüngerer Bruder Bernhard Vogel machte übrigens Karriere in der CDU: als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz (1976 – 1988) und in Thüringen (1992 – 2003). Im Bundesrat saßen sie sich gelegentlich gegenüber. Aber auch das ist eine interessante Parallele: Hans-Jochen als Stadtoberhaupt in zwei deutschen Großstädten, Bernhard als Landeschef in zwei Bundesländern.

Anfang 2006 zog der überzeugte Katholik und mit zahlreichen nationalen und internationalen Ehrungen ausgezeichnete Hans-Jochen Vogel zusammen mit seiner zweiten Frau Liselotte in München in ein Wohnstift. 2015 machte er seine Parkinson-Erkrankung öffentlich. Die Entwicklung seiner Partei machte ihm große Sorgen. Regelmäßig brachte er dies auch öffentlich oder intern zum Ausdruck.

Vogels Sorgen um „seine“ SPD bleiben bestehen. Denn Deutschlands älteste Partei ist programmatisch und personell in einem desolaten Zustand. Allein die Tatsache, dass es seit Hans-Jochen Vogel (kommissarische Vorsitzende nicht mitgerechnet) zwölf SPD-Vorsitzende gab, bedarf keiner weiteren Kommentierung. Wie tief die SPD gesunken ist, zeigen ansonsten nicht nur die aktuellen Umfragewerte, sondern auch das amtierende Vorsitzendengespann. Zwischen diesem Gespann und einem Hans-Jochen Vogel liegen Welten.

Quelle: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/einen-wie-ihn-wird-es-in-der-spd-nicht-mehr-geben/>

2. Vorbemerkung zu Schutzsuchende

Mit anderen Augen, völlig anderer Empfindung, in nicht immer frustfreier Erinnerung werden Sie alle wie ich den zweiten Kommentar von Josef Kraus lesen.

„Schutzsuchende“, die unter einem Begriff zusammengefasst werden, der (den Anführungszeichen geschuldet) das Gegenteil davon vermitteln soll, was der Gedanke daran auslöst, ist aus meiner Sicht heraus aus drei Gründen eine Lektüre, die uns mit der Sicherheitslage einerseits, einer gewissen Hilflosigkeit andererseits und mit einer sprachlich gesellschaftlichen Eigenheit vertraut macht, die wir in solcher Wirkmächtigkeit erst kennenlernen, seitdem wir unser Tun und Lassen weniger an den zehn Geboten als den alltäglichen Auf- und Erregungspotentialen unserer Medien, den öffentlichen wie den sog. sozialen festmachen.

Die Medien sind es, die uns in nicht zu überbietender Geschwindigkeit, also „augenblicklich“, etwas sehen und kommentieren lassen, bevor wir die Situation je nicht kennen, also eine Kommentierungssperre angesagt wäre. Dem oft unbedacht gefällten Kommentar folgt die Weitergabe des inhaltlichen Problems, dann schon im Verbund mit einer ungeprüften Auslegung, ist vor weiterer Tatsachenverdrehung nicht gefeit. Schließlich entsteht aus solcher Berichtslage ein Traum oder Albtraum, dessen jeweiligen Schlussfolgerungen sich die (nach wie vor uninformierte) Mehrheit der reinen Konsumenten anschließt und die dann die Inhalte in ihrer (aufbereiteten) neuen Tagesform in Folgebeschlüssen heranziehen, die oft mit dem Urthema nichts mehr zu tun haben. Unter solchen Voraussetzungen seriöse und nachvollziehbare Sicherheitspolitik zu machen und vor der Mehrheit zu verantworten, ist dann vor allem kaum zu gewährleisten, wenn es offizielle Situationswahrnehmungen durch wertebestimmende Institutionen gibt, die sich der Dialogfähigkeit der Gesellschaft durch ideologisch/weltanschauliche Vorgaben verweigern.

Was soll diese Vorbemerkung zu einem Sicherheitskommentar? Die Definition der Relativitätstheorie und deren Anwendung müssen in Sonderheit dann angezogen sein, wenn man ein sachgerechtes Maß an „Sicherheit“ und „Schutz“ für eine definierte Größe erreichen und auch einhalten will. Welchen Umfang die Maßnahmen haben (müssen), um auftretende und sich wandelnde Gefahren zu bewältigen, wird im Kreis der Schutzbefohlenen immer wieder abgestimmt werden müssen. Die Entscheidung darüber, was nützt, ist und bleibt ein ständiges statistisches Zahlenspiel, dem jeder seine wichtigen Parameter zu Grunde legt. Da jede(r) im Land, der (die) auf der Suche nach der wahrheitsnahen Realität sind, unterschiedliche Parameter ansetzt und so gut wie nie begründet, weshalb die Parameter beliebig gewechselt werden, ist es wichtig, die eigenen Kenntnisstände immer wieder zu aktualisieren. – Der Kraus-Kommentar leistet das durch einen Blick auf die amtlichen Zahlen, die wiederum erneut die Relativitätstheorie in Einsatz bringen, wenn sie als Grundlage anderer gesellschaftlicher Bewertungen dienen. – Weil wir da alle täglich gefordert sind, Vermutung durch Wissen zu ersetzen und damit besser, nein sicherer zu argumentieren, scheint mir die hier aufgebotene Sachkunde zu verbreiten und dann auch angewendet zu sehen, überfällig zu sein.

Josef Kraus

„Schutzsuchende“ in der Kriminalstatistik vielfach überrepräsentiert

Nirgendwo werde so sehr gelogen wie beim Thema Integration, das sagte vor einigen Jahren der ehemalige Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD). Es stimmt nach wie vor, was der kantige SPD-Mann damals kritisierte.

Die „hohe“ Politik samt Flüchtlingsindustrie sieht es anders, und diverse Kirchenfürsten auch. Vor allem letztere glauben nur ihren eigenen Illusionen, weil sie ja offenbar Spezialisten für Glauben sind. Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sei in Deutschland „erstaunlich gut“ gelungen, meinte soeben der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm anlässlich der anstehenden fünften Wiederkehr des Tages der von Merkel willkürlich exekutierten Grenzöffnung vom Spätsommer 2015.

Wer etwas Anderes feststellt, weil er Zahlen zu lesen vermag oder als Stadtoberhaupt die Probleme tagtäglich vor Ort erlebt, wird schnell in die rechte Ecke gestellt. So zum Beispiel der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne), dessen Kollege Matthias Klopfer (SPD) aus Schorndorf bei Stuttgart sowie Richard Arnold (CDU) aus Schwäbisch Gmünd. In einem Schreiben an die Landesregierung von Baden-Württemberg halten die drei soeben fest: In ihren Städten gebe es Gruppen von jungen, gewalttätigen Männern, die mit «unverschämtem Rotzbuben-Gehabe» auffielen. Über den Anteil und die Rolle von Asylsuchenden und Migranten in diesen Gruppen wird aus Sicht der Stadtoberhäupter zu wenig geredet. Wörtlich: «In jeder Mittelstadt in Baden-Württemberg hat sich mittlerweile ein Milieu nicht integrierter, häufig mit Kleinkriminalität und Straftaten in Verbindung zu bringender junger geflüchteter Männer gebildet, das an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen zusammenkommt.» Denn, so weiter, unter den Asylsuchenden gebe es eine Gruppe gewaltbereiter junger Männer, die weit überdurchschnittlich oft Straftaten verübten, vor allem Körperverletzungen und sexuelle Gewalt. Die Oberbürgermeister sprechen in diesem Zusammenhang von bundesweit circa 50.000 Mehrfachstraftätern.

Die Statistik ist hier eindeutig, und die amtlichen Zahlen geben den dreien Recht. Aber die entsprechenden Zahlen will ja niemand wissen, zumal sie erst jetzt durch eine Anfrage der AfD-Fraktion (!) des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung bekannt geworden sind.

*Greifen wir einige Zahlen von Straftaten heraus, die von der Gruppe der derzeit 1,839 Millionen Personen ausgehen, die Asylbewerber, Personen im Status eines abgelehnten Asylantrags oder eines unerlaubten Aufenthalts sind. (Bundestagsdrucksache 19/21055 vom 14. Juli 2020; siehe hier). **

Diese Gruppe ist verantwortlich für

- *insgesamt 233.263 Straftaten (ohne Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU); hiervon wiederum entfallen rund 20 Prozent auf Syrer, Afghanen und Iraker;*
- *319mal für Mord und Totschlag;*
- *1.199mal für Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexuelle Übergriffe und versuchte Vergewaltigung;*
- *3.254mal für Raub und räuberische Erpressung;*
- *14.443mal für gefährliche und schwere Körperverletzung.*

„Na und“, wird manch Beschwichtiger sagen. Oder er wird die Zahlen mit dem „Argument“ wegzuwischen versuchen, dass das nun mal in einer Population, in der keine Babys und Greise vorkämen, im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung so sei. Aber das ist angesichts der Zahlen pure Vernebelungstaktik.

Rechnen wir also ein wenig und nehmen als Maßstab den in der Kriminalstatistik üblichen Quotienten „Straftaten je 100.000 Wohnbevölkerung“. Dann stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar:

- *Unter Deutschlands Bevölkerung geschahen pro 100.000 Einwohnern pro Jahr (hier 2019) 2,8 Morde und Totschlagsdelikte, insgesamt 2.315; unter der hier genannten Population je 100.000 Personen 17,4 Morde und Totschlagsdelikte, insgesamt 319 (s.o.).*
- *Unter Deutschlands Bevölkerung geschahen 2019 pro 100.000 Bevölkerung pro Jahr 11,4 Vergewaltigungsdelikte, insgesamt 9.426; unter der hier genannten Population je 100.000 Personen 65,5, insgesamt 1.199 (s.o.).*
- *Opfer der 86 Morde dieser „schutzsuchenden“ Population sind mit einem Anteil von 42 Prozent 36 Personen mit deutschem Pass, zu 58 Prozent 50 Personen mit nichtdeutschem Pass.*
- *Opfer der 233 Totschlagsdelikte der „schutzsuchenden“ Population sind mit einem Anteil von 32 Prozent 74 Personen mit deutschem Pass, zu 68 Prozent 159 Personen mit nichtdeutschem Pass.*
- *Opfer der 1.199 Sexualdelikte der „schutzsuchenden“ Population sind mit einem Anteil von 54,5 Prozent 653 Personen mit deutschem Pass, zu 45,5 Prozent 546 Personen mit nichtdeutschem Pass.*

Einfache Conclusio: Ein erheblicher Teil dieser Population ist nicht integrierbar. Zumeist hat dieser Teil auch keinen Asylgrund. Im Interesse des Schutzes der Gesamtbevölkerung, im Interesse der Innenstädte etwa von Stuttgart oder Frankfurt, im Interesse auch des Schutzes integrationsbereiter und gesetzestreuer „Schutzsuchender“ sollten diese Gewalttäter umgehend ausgewiesen werden. Was ein Bischof Bedford-Strohm aber mit Geldern aus Kirchensteuern betreibt, indem er quasi Schleuserboote anheuert und finanziert, und was so manches Unternehmen der „NGO“-Flüchtlingsindustrie inszeniert, ist das pure Gegenteil davon. „Nun sind sie halt mal da“ – dieses Wort einer Kanzlerin ist angesichts der hier aufgelisteten

Verbrechen ein Affront gegen das „deutsche Volk“, von dem sie laut Amtseid Schaden abzuwenden hat.

** Die Zahlen der Bundesregierung sind in sich nicht stimmig. Auf Seite 3 ist die Rede von 86mal Mord und 233mal Totschlag, auf Seite 4 von 95mal Mord und 291mal Totschlag. Wir haben hier die Daten von Seite 3 verwendet.*

Quelle: <https://www.reitschuster.de/post/schutzsuchende-in-der-kriminalstatistik-vielfach-überrepräsentiert>

Angenehme und gesellschaftlich politische Standpunkte sichernde Lektüre wünsche ich uns allen und dann nach der Sommerpause einen neu und mutig gesetzten Neuanfang nach Corona-Zeiten!

Darauf, dass wir uns dann auch wieder Treffen, sehen und sprechen können, Standpunkte austauschen und uns der Gemeinsamkeiten zu vergewissern kein Problem haben

setzt
Ihr



Dr. Thomas Goppel
SEN-Landesvorsitzender

TERMINANKÜNDIGUNG

Voraussichtlich wird am

28. September 2020, 10.00 Uhr,

eine virtuelle

**Kreisvorsitzenden-Konferenz
mit Staatsministerin Kerstin Schreyer, MdL,**

stattfinden. Die Ministerin wird zum Themenbereich „Leben, bauen und bewegen in Zeiten von Corona“ informieren und gerne auch für Fragen zur Verfügung stehen.